linKS zeitung

Informationen der Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Stadtparlament Jg. 4 1/10

KASSELER LINKE GEGEN HARTZ IV

Sozialpolitik ohne Sozialdemokraten

Das katastrophale Bundestagswahlergebnis für die SPD im September 2009 hat bewiesen: die Agenda 2010 ist Politik gegen die eigene Klientel. Die Konsequenz wäre die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten in der SPD“. Wenn es auch aus der SPD inzwischen bundesweit Signale gibt, dass ein Kurswechsel her muss, in Kassel sind diese Signale noch nicht angekommen. Hier in Kassel gibt vor allem Dr. Barthel nach wie vor den Sparkommissar, dem die alten sozialdemokratischen Werte wie Gerechtigkeit und Solidarität „am Arsch“ vorbei gehen.



Fotograph Katzer

Rechtsbruch als Mittel der Politik

Bundessozialgericht, Landessozialgerichte, alle sind sich einig: die Pauschalierung der Kostenübernahme für Unterkunft und Heizung (KdU) für Menschen, die von Hartz IV leben, ist rechtswidrig. Wie soll das auch funktionieren, in einer Stadt mit den unterschiedlichsten Wohnungsarten (nach Größe und Qualität), die Kosten „angemessen“, so wie es das Gesetz verlangt, zu übernehmen und dies über eine Pauschale zu regeln. In Kassel hat sich der Magistrat unter der Führung des SPD Oberbürgermeister Hilgen und der sachlichen Verantwortung des SPD-“Sozialdezernenten“ Barthel schon lange darauf geeinigt, die Rechtsprechung zu ignorieren und lediglich eine Pauschale zu zahlen. Unterstützt werden sie dabei von den Fraktionen von CDUSPDFDPGRÜNEN.

Tausende Haushalte von der Pauschale benachteiligt

Eine Anfrage der Fraktion der Kasseler Linken. ASG brachte zu Tage, dass die in Kassel praktizierte Pauschalierung sowohl rechnerisch als auch rechtlich problematisch ist. Bei den ca. 10.000 Ein- und Zwei-Personen-Haushalten in Kassel - darunter befinden sich viele Alleinerziehende – gibt es ca. 7000 Haushalte, deren Heizkosten entweder genau der Pauschale entsprechen oder aber höher liegen. Eine genauere Antwort hat der Magistrat verweigert. Wir können also davon ausgehen, dass es tausende Haushalte gibt, deren Kosten für Heizung über den Pauschalen liegen.

Noch ein Rechtsbruch und dazu ‚ne Lüge

Im Sommer 2009 hat der Kasseler Magistrat die Mietkostenpauschale neu berechnen lassen. Dabei handelt es sich noch nicht einmal um eine echte Pauschale. Unterschreiten nämlich die Mietkosten die Pauschale, kommt es zu Kürzungen. (vgl. Kasten) Hinsichtlich der Mietkostenpauschale macht die Rechtssprechung klare Vorgaben. Um zu ermitteln, wo die angemessenen Kosten liegen, muss die Stadt über die gesamte Bandbreite des lokalen Wohnungsmarktes Daten erheben. Es ist ausdrücklich nicht zulässig, nur die Mietbescheinigungen der Leistungsempfänger auszuwerten. Und was macht der Kasseler Magistrat? Er kümmert sich kein bisschen um die Rechtsprechung, sondern wertet für seine Neuberechnung ausdrücklich nur die Mietbescheinigungen aus. Weil er weiß, dass das nicht zulässig ist, belügt er dann in Wort und Schrift die Kasseler Stadtverord-

Kasseler Pauschalen

Von der AFK übernommen werden für einen 1 Personenhaushalt 258 Euro Miete und 49 Euro Heizung.

Wenn die Mietkosten unter 80 % der Pauschale liegen, wird nur die reale Miete bezahlt.

Alle Leistungsbezieher müssen Mietbescheinigungen vorlegen, was die oft propagierte Verwaltungsvereinfachung einer Pauschale wegfegt.

Das heißt, diese Kasseler Pauschale ist keine Pauschale, sondern reines Geldsparen zulasten der Ärmsten.

Die Daten für andere Haushaltsgrößen:

www.arbeitsfoerderung-kassel.de/beratung-leistung/pauschalen.asp

KASSELER LINKE.ASG
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

neten in der Begründung seiner Beschlussvorlage. In ihr behauptet er, die Rechtssprechung zu kennen und zu berücksichtigen. Nur allzu willig lassen sich die Fraktionen von CDUSPDFDPGRÜNEN belügen und folgen brav dem Magistrat. Es hat Wochen und Monate hartnäckiger Recherche der Kasseler Linken.ASG gebraucht, um die Beweise für diesen weiteren Rechtsbruch und die Lüge ans Tageslicht zu befördern.

Rechtswidrige Pauschalierung

Es ist durchaus richtig, dass die Hartz-IV-Gesetzgebung auch für die Kommunen eine mittlere Katastrophe war und ist. Denn dieses Gesetzeswerk ist eben nicht nur die in Gesetz gegossene Entsolidarisierung der Gesellschaft sondern auch handwerklich schlecht. Die unzähligen Verfahren vor den Gerichten sprechen hier eine deutliche Sprache. Versprochen wurde das Fordern und Fördern. Dies hat sich schon längst als kapitaler Betrug erwiesen, weil es die Förderung und die Perspektiven, nämlich ausreichende Arbeitsplätze, von denen Familien auch leben können, nicht gibt. Die lokalen Vertreter dieses Betruges sitzen mit Oberbürgermeister Hilgen und „Sozialdezernent“ Barthel im Kasseler Magistrat. In den letzten 5 Jahren haben sie annähernd 50 Millionen Euro, die sie zur Förderung und Qualifizierung arbeitssuchender Menschen hätten ausgeben können, ohne Not an die Agentur für Arbeit zurückgereicht. „Brauchen wir in Kassel nicht“, lautet die Begründung. Und obendrein verdrehen, verbiegen und brechen sie das Recht gegen die Menschen, die zum Überleben auf die angemessenen Transferleistungen angewiesen sind. Die Antwort kann nur lauten, „Kassel braucht diese Sorte Politiker nicht!“:

Kai Boeddinghaus

ALG 2 Mietsituation

Das Bundessozialgericht hat im Juli 2009 laut verkündet: Eine Heiz- und Mietkostenpauschale, wie sie in Kassel an TransferleistungsempfängerInnen gezahlt wird, ist nicht zulässig. Sie ist deswegen ungerecht, weil ein ausreichendes Angebot preisgünstiger Wohnungen für 1-2 Personenhaushalte nicht vorhanden ist. In Kassel sind 67% der WohngeldempfängerInnen 1-2 Personenhaushalte und beim Arbeitslosengeld II sind es sogar 75 %. Laut Wohnungsmarktbericht 2007 gibt es noch nicht mal 10.000 Wohnungen der vorgeschriebenen Größe. Die Betroffenen müssen in größere Wohnungen ziehen, die entweder zu teuer sind oder schlechte Bausubstanz haben, so dass es zu einer Differenz zwischen realen Wohnkosten und vom Amt übernommenen Unterkunftskosten kommt.

Gesetzlich vorgeschrieben ist deswegen eine Einzelfallprüfung. Wer diese haben möchte, muss in Kassel erst Widerspruch beim Amt einlegen und sie vor Gericht einklagen.

Das Urteil des Bundessozialgerichts scheinen SPDCDUFDPGRÜNE nicht zu stören. Sie setzen weiter auf Dr Barthel, der für Sie das dreckige Geschäft zum Geldsparen erledigt. Erhofft und mit Lobbyarbeit unterstützt wird eine mögliche gesetzliche Legalisierung der Pauschalen durch Berlin. Das, obwohl DGB, Deutscher Mieterbund und andere große Institutionen sowie bekannte Einzelpersonen Alarm schlagen und seit Jahren die Unrechtmäßigkeit der Pauschalierung anprangern.

Aufgrund des Urteils lohnt es sich, Widerspruch gegen die Nicht-Übernahme der Heizkosten einzulegen. Einen Vordruck für den Widerspruch finden Sie auf der Internetseite der Kasseler Linken



Die Pauschalierung ist rechtswidrig und benachteiligt die Ärmsten

Kai Boeddinghaus
Stellvertr. Fraktionsvorsitzender der Kasseler Linke.ASG im Stadtparlament
kai.boeddinghaus@kasseler-linke-asg.net

Auf zur Kommunalwahlen 2011

Nun laufen die Vorbereitungen für den dritten Anlauf des linken Erfolgsprojekts an. Es sieht nicht schlecht aus für die Linken, die sich in Kassel dadurch auszeichnen, dass sie sich nach aller Diskussion zusammenschließen und gemeinsam gegen die in Neoliberalismus und sozialer Kälte vereinten Parteien von SPD, CDU, Grüne und FDP anzutreten.

Am 15. Januar 2010 hat eine Mitgliederversammlung der Partei Die Linke, Kreisverband Kassel, mit Mehrheit beschlossen, bei den Kommunalwahlen im März 2011 wieder ein Personenbündnis anzustreben.

Damit würde das Bündnis der Kasseler Linke bereits zum 3. Mal zu Kommunalwahlen in Kassel antreten: mit immer besseren Ergebnissen und einer zunehmenden Zahl an Sitzen in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung.

Im Frühjahr 2006 zog das Personenbündnis Kasseler Linke.ASG in die Stadtverordnetenversammlung ein. Das Spektrum der Personen hatte sich gegenüber dem Vorgängerbündnis PDS/Kasseler Linke, die mit 2 Sitzen im Stadtparlament den Weg bereiteten, erheblich verbreitert.

In nicht ganz unkomplizierten Zeiten, als der ablaufende Vereinigungsprozess zwischen der PDS und der WASG noch nicht ganz über die Bühne gegangen war, gelang es hier in Kassel ein kämpferisches und kreatives Bündnis zu schmieden. Neben der inzwischen auf 5 Sitze angewachsenen Fraktion gewann die Kasseler Linke 2006 auch einen Sitz im ehrenamtlichen Magistrat.

Auch wenn wir uns die ausführliche Erfolgsbilanz der Fraktionsarbeit unserer sechs Aktivisten in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat für die heißere Phase des Wahlkampfs aufheben, soviel läßt sich schon jetzt sagen: ohne unsere aktiven, widerborstigen, kämpferischen, hartnäckigen und äußerst fleißigen Stadtverordneten wären viele soziale und ökologisch relevante Themen in der Stadtverordnetenversammlung überhaupt nicht zur Sprache gekommen. Und wir versprechen schon jetzt: das wird in der kommenden Legislaturperiode nicht anders sein, denn: Auf die Linken ist Verlass!

In den kommenden Monaten kommt es nun darauf an, parallel zur Erarbeitung eines aktualisierten Kommunalwahlprogramms, viele aktive Persönlichkeiten auf der neuen Liste zusammen zu bringen, die möglichst umfassend das ganze Spektrum linker und fortschrittlicher Menschen in und aus Kassel repräsentieren. Die Engagierten aus den verschiedenen sozialen Bündnissen, gewerkschaftlich orientierten Gruppierungen und ökologischen Initiativen zusammenzuführen. Es ist noch viel zu tun: packen wir’s an.

INTERVIEW

SAURE GURKE - Sozialpolitik in Kassel

Die Initiative für ein Sozialticket in Kassel und Umgebung hat am 15. Dezember 2009 die „SAURE GURKE“ vergeben. Wir haben dazu Marianne Bolbach, eine Sprecherin der Initiative, befragt.

Wer hat die „Saure Gurke“ gestiftet und wofür wird sie verliehen?



Der Gurken-Pokal ist eine Stiftung unserer Initiative. Unser Einsatz für ein Sozialticket begann im Mai 2008. Zu Weihnachten und zum Jahreswechsel 2009/2010 wollten und konnten wir eine Zwischenbilanz ziehen. Wir haben in den vergangenen 1 ½ Jahren mit unseren Aktionen und inhaltlichen Beiträgen bei PolitikerInnen aller Parteien viel Aufmerksamkeit und mancherlei nachdenkliche Zustimmung erreicht. Aber das reale Zwischenergebnis ist bitter. Das wollen wir öffentlich darstellen. Deshalb haben wir jetzt diesen „Pokal“ gestiftet. Vergeben wird die SAURE GURKE an PolitikerInnen in Kassel für unsoziale Entscheidungen!

Wer hat die „SAURE GURKE“ bekommen und wie begründet ihr die Auswahl der „Gewinner“?

Der Pokal ging an Herrn Dr. Barthel als Sozialdezernenten. Die Urkunden jeweils an Herrn Oberbürgermeister Hilgen und an die sozialpolitischen Sprecher, Herrn Dr. Schnell der SPD-Fraktion und Frau Lipschik der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Die Übergabe sollte am 15.12.2009 zwischen 11.00 und 12.00 Uhr in jeweiligen Büros stattfinden. Zu unserem größten Bedauern konnten die Gewürdigten die Preise nicht persönlich entgegen nehmen; lediglich für OB Hilgen nahm Herr Weikert das Diplom in Empfang. Der Pokal für den Stadtkämmerer und Sozialdezernenten Dr. Barthel wurde ihm in seinem Sekretariat präsentiert.
Wir haben diejenigen besonders bedacht, die in Kassel führend sozialpolitische Aufgaben wahrnehmen oder die Gesamtverantwortung für die Prioritäten der Stadtpolitik tragen. Wegen der besonders hohen Bedeutung wurde in diesem Zusammenhang Herrn Dr. Barthel der herausgehobene Gurken-Pokal-Preis verliehen. Die anderen sind durchaus würdig für das Gurken-Diplom. Die Initiative will – trotz dieser überwiegend „sauren“ Zwischenbilanz – im nächsten Jahr weiterkämpfen. Wir werden auch in Zukunft Kassel mit der gesellschaftspolitischen Schieflage weiter konfrontieren.

Wie seht ihr den aktuellen Stand?

Die mit den sauren Preisen ausgezeichneten Verantwortlichen, besonders der Sozialdezernent und der sozialpolitische Sprecher der SPD, haben immerhin als Verbesserung eine zusätzliche Variante des Diakonietickets angekündigt: eine Preisreduzierung um rd. 5.- Euro für eine Fahrkarte, die dann nur im engeren Stadtbereich nutzbar ist. Manchem der Berechtigten würde dieser kleine Schritt helfen. Sie würden auch diese kleine Erleichterung begrüßen. Hoffentlich kommt sie wirklich – und noch in der kalten Jahreszeit. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen will für Kinder und Jugendliche, die in die Zuständigkeit eines ihrer Dezernate gehören, die Nutzungsmöglichkeit für den ÖPNV radikal verbessern. Wir hoffen, dass beide Vorhaben wirklich in eine neue Richtung weisen und kein sozialpolitisches Hütchen-Spiel sind.

Nach wie vor herrscht in Kassel ein Klima sozialer Kälte. Es geht um mehr Gerechtigkeit und Menschenwürde, auch am „unteren Ende“ der Gesellschaft. Hier ist die Armut konkret. Jede Stadt – auch Kassel – ist zuständig für die Daseinsvorsorge ihrer BürgerInnen. Hierzu gehört auch die Möglichkeit für alle, den öffentlichen Nahverkehr uneingeschränkt nutzen zu können. Damit das auch tatsächlich möglich wird, ist unsere zentrale Forderung die Einführung eines Sozialpasses und eines Sozialtickets (vgl. Kasten).
Obwohl es zu unseren Anliegen zahlreiche wohlmeinende Äußerungen und auch Zustimmung in der Kasseler Öffentlichkeit gab und gibt – über 8500 Kasseler Bürgerinnen und Bürger bekundeten ihre Zustimmung auf Unterschriftenlisten - lehnte die Mehrheit der Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung die Forderung nach der Einführung eines solchen Sozialpasses und eines Sozialtickets ab. Nur die Fraktion der Kasseler Linken. ASG und eine fraktionslose Abgeordnete unterstützten unsere Forderungen.

Wie soll es mit eurer Forderung nun weitergehen?

Die Absage wird immer wieder mit Geldmangel begründet. Wie die Beispiele aus anderen Städten zeigen, die ähnliche finanzielle Probleme wie Kassel haben, wäre in Kassel zur Einführung von Pass und Ticket weniger Geld als viel mehr verwaltungstechnische Kreativität, wie etwa in Köln, gefordert. Uns geht es um eine unbürokratische und vereinfachte Antragstellung und Antragsbearbeitung.

Die Initiative für ein Sozialticket wird in diesem Sinne weiter kämpfen. Zur Planung und Absprache treffen wir uns weiter i.d.R. an jedem zweiten Mittwoch um 19.30 im Schlachthof.



Übergabeversuch der Sauren Gurke durch die Initiative für ein Sozialticket im Kasseler Rathaus

Kassel Calden – ein teuerer Regionalflughafen, den keiner braucht

Alle Profis in der Republik, die von Flughäfen und deren Betrieb etwas verstehen (wie z.B. der Bundesverband der Deutschen Fluggesellschaften/BDF), fassen sich in Bezug auf Kassel-Calden an den Kopf. Sie sprechen, weil sich die benachbarten Flughäfen gegenseitig die Kunden abspenstig machen werden, von Kannibalismus und weil die Baukosten und der langfristige Zuschussbedarf enorm hoch sein werden, von einem „Fass ohne Boden". Dass diese Experten Recht haben, zeigt sich schon daran, dass keine einzige (deutsche) Fluggesellschaft erkennbares Interesse an Kassel-Calden zeigt. Calden soll dennoch, gegen alle Vernunft und vor allem gegen alle Spielregeln, gebaut werden.



Hier fehlt das Schild:
Flughafen Paderborn Lippstadt 70 km

In jeder Hinsicht symbolisch für die Zukunft dieses Projekts ist die winterliche Wüstenei, die die ersten Baumfällarbeiten an der B 7 zurückgelassen haben. Diese Arbeiten stellen den Anfang des Flughafenausbaus dar, dessen Kosten noch in keiner Weise greifbar und abgesichert sind. Obwohl große Unsicherheiten in Bezug auf die Kosten vorliegen, wurden schon jetzt erste Aufträge vergeben und sofort ausgeführt. Man stelle sich einfach vor: Ohne eine abgesicherte, geprüfte und aktualisierte Kostenzusammenstellung fangen Sie an, Ihr Haus zu bauen! Niemand, weder im privaten noch im öffentlichen Bereich darf, sollte und wird so etwas tun. Hier jedoch, bei diesem so in der Kritik stehenden



Blick von der Rodungsflache in Richtung Rollfeldbaufläche Flughafen Calden
Im Hintergrund die Aufschüttung des Kalkabbaus

Kannibalismus - gepaart mit Unverschämtheit und Ignoranz

Projekt, werden alle Regeln verletzt. Auch der Regierungspräsident, der in Kassel mit dem Kostenargument schon so manches vernünftige Projekt zu Fall gebracht hat, winkt das absehbare Millionengrab Kassel – Calden einfach durch. Der schon angesprochene BDF spricht von mindestens 250 Millionen Ausbaukosten, während das Land Hessen, die Stadt Kassel und der Landkreis Kassel gebetsmühlenartig an den ursprünglichen 150 Millionen festhalten. Ein böses Erwachen steht bevor!

Wir finden das skandalös und werden, auch wenn unser letzter Antrag zur Kostenermittlung beim Flughafen keine Mehrheit gefunden hat und bei den anderen Fraktionen auf allgemeines Desinteresse stieß, an dieser „Front“ keine Ruhe geben. Der Flughafen ist und bleibt eine Entwicklungs- und Kostenfalle. Von all den Versprechungen und Hoffnungen, mit denen man die Bewohner der Region lange genug „gefüttert“ und belogen hat, werden am Ende nur die Defizite für die kommunalen Haushalte bleiben. Dafür gibt es in der Republik schon Beispiele genug.

Eckhard Jochum



Umbau eines Buchenwalds zu einer neuen Straße und einem neuen Flughafen

Der alte Flughafen Calden verschlafen im Schnee



MAGISTRAT

Auf geht's: Herr Lohse!
Oder: Auf Los geht's Lohse!

Im Dezember 2009 haben die Fraktionen von SPD und Grünen den von den Grünen vorgeschlagenen ehemaligen Umweltmanager Lohse aus Freiburg als neuen Baudezerneten und Nachfolger von Herrn Witte (CDU) gewählt. Kritik aus dem konservativ-bürgerlichen Lager bzw. einer bekannten Kasseler Zeitung hatte es im Vorfeld daran gegeben, dass Herr Lohse kein ausgewiesener Stadt- oder Verkehrsplaner sei.

Ich bin da ganz pragmatisch: Ein guter Baudezernent ist ein Guter, ein schlechter Baudezernent ein Schlechter! Was Lohse in den Jahren vor seiner Wahl gemacht hat, was er gar studiert hat, interessiert mich nur am Rande. Gute Führungspersönlichkeiten (wie andere Persönlichkeiten auch) können sich weiter entwickeln, können lernen, können sich fehlendes Fakten- und Fachwissen aneignen. Das gilt aus meiner Sicht auch für den „Neuen" im Baudezernat, den Nachfolger von Herr Witte. Wer sich darüber aufregt, dass Herr Lohse die Weihen des Stadtplaners oder die eines Straßenbauingenieurs nicht hat, kann mir nur ein müdes Lächeln abringen. Man kann zwar ein solches Diplom mit sich rumtragen und dennoch ein grottenschlechter Mann bzw. Frau an dieser Stelle sein. Gerade in Kassel hat man da so seine Erfahrungen. Also: Aufregungen über die vermeintliche oder reale Vorbildung des neuen Chefs im Baudezernat lohnen sich nicht. Es kommt darauf an, wie er in Zukunft handelt.

Mut wird der Neue auch brauchen, wenn es darum geht, die Stärken und Potentiale der verschiedenen Ämter im Baudezernat auszuschöpfen. Er wird, wenn er es ernst meint mit einer neuen, mutigen, ökologisch und sozial ausgerichteten Umweltpolitik diejenigen in seinen Ämtern stärken und fördern müssen, die eine solche Politik kreativ mit tragen und umsetzen wollen. Und er wird diejenigen, die z.B. an der ewiggestrigen, am Auto orientierten Verkehrspolitik krampfhaft festhalten wollen, in ihrer Entfaltung einschränken müssen.

Einige Tips, Anregungen und Anforderungen für eine der wichtigsten Stellenbesetzungen im Rathaus will ich hier schon formulieren. Diese Anforderungen sind für mich so etwas wie Prüfsteine, an denen der Baudezernent sich messen lassen muss:

Die Stadt braucht - und das sagen nicht nur die Linken - einen mutigen Neubeginn

- in der Verkehrsplanung, die sich endlich und konsequent von ihrer übermäßig starken Orientierung auf den Individualverkehr lossagen muss. Am besten wäre hier eine Neuauflage des Generalverkehrsplans, der in den Schubladen des Baudezernats schlummert und auf eine Aktualisierung wartet.
- in der Gewerbeentwicklung, weil seit langem eine fundierte, auf Nutzungen ausgerichtete Untersuchung der gewerblichen Potentiale auf städtischen und privaten Brachflächen überfällig ist. Die teilweise umstrittenen Neuausweisungen von Gewerbeflächen reichen hier nach längst nicht aus. Die Brachflächen wären so etwas wie das entscheidene Standbein der Gewerbeentwicklung und hier braucht es dringend neue Impulse
- in der Umwelt- und Ökologiepolitik, weil es sich die Stadt auf die Dauer nicht leisten kann, zur Umweltzone und vielen anderen umweltpolitischen Themen keine Meinung zu haben. Lärm- und Feinstaub sind zentrale Aufgabenfelder, die ein klares und koordiniertes Handeln im Oberzentrum Kassel erforderlich machen
- in der Kooperation und Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Vereinen, Initiativen und Organisationen, die an den positiven Erfahrungen z.B. mit dem Forum Unterneustadt bei der Wiedergründung der Unterneustadt anknüpft. Auch in Bezug auf die Arbeit mit den Ortsbeiräten müssen endlich Taten folgen und neue Wege eingeschlagen werden, nachdem sich die großspurigen Ankündigungen von Hilgen im letzten OB - Wahlkampf als Luftblasen erwiesen haben
- in der Kooperation mit dem Land, weil es sich die Stadt nicht leisten kann - wie beim städtebaulich unbefriedigenden Neubau des Finanzamtes am Altmarkt - weitere große Chancen zu verspielen. Es kann nicht sein, dass das Land vollmundig architektonische Wettbewerbe verspricht und dann, u.a. in Folge einer falschen Privatisierungspolitik, einen monotonen, langweiligen Klotz dort hinsetzt, wo die Geschichte der Stadt ihren Anfang genommen hat. Statt einen Architektenwettbewerb, wie versprochen und verabredet, auszuloben, statt historische Bezüge aufzunehmen (wie bei der kritischen Rekonstruktion der gegenüberliegenden Unterneustadt!) und statt das Gebäude mit verschiedenen Nutzungen zu mischen (auf dem Dach mit Penthäusern, Gastronomie und privaten Büroflächen!) hat das Land gemacht, was es wollte. Die Stadt hat klein beigegeben, statt auszuhandeln, was für Kassel wichtig gewesen wäre. Bei den vielen gemeinsamen Projekten in der Zukunft darf sich so etwas nicht wiederholen. Bei allen städtebaulich relevanten Projekten muss der neue Baudezernet zukünftig die Hosen anbehalten.



Vermurkste Moblierung mit Betonelemeten, Thuja Reihenhaussichtschutzpflanzung und Bierzeltgarnitur aus dem Baumarkt auf dem neugestaltetem Zugang zum Königsplatz

• In Sachen Aufwertung der Innenstadt, weil es hier trotz jahrzehnterlanger Bemühungen, u.a. mit Städtebauföderungsmitteln, nach wie vor viele strukturelle und gestalterische Defizite gibt. Diese Defizite sind komplex und nicht einfach zu beheben. Die Defizite hängen, neben den Fehlern, die noch aus der Zeit des Wiederaufbaus stammen, u.a. mit Versäumnissen im Wohnungsbau, beim ruhenden Verkehr und einer die Innenstadt beeinträchtigenden Politik bei der Ausweisung von Einkaufzentren an den Rändern der Stadt zusammen. So ist z.B. der gigantische Ausbau des Ratiomarktes in Baunatal ein Symbol für eine falsche Gewerbeentwicklung, die der Innenstadt schadet.

Die Liste ist unvollständig. Wichtige andere Themen wären unter anderem noch:

• Guter, bezahlbarer Wohnraum
• Konzept zur Förderung von Baugemeinschaften
• Wohnen in der Alt- und Innenstadt
• Umbau der Kurt-Schumacher-Straße nach dem Strickmuster der Friedrich Ebert Straße
• Konzept für die Grünvernetzung der Parks und Grünzüge der Stadt
• Konzept für eine verbesserte regionale Kooperation mit den Zweckverbandsgemeinden

Auch wenn viel verlangt wird vom „Neuen“ – ich wünschen eine glückliche Hand und viel Erfolg. Die Stadt kann einen guten Baudezernenten brauchen. Sie hat schon lange keine guten mehr gehabt.

Drake Schmidt

PERSPEKTIVE

Das Kombibad am Auedamm – Fehlentscheidung rückgängig machen

Wie beim Flughafen Calden wird auch beim Kombibad am Auedamm an längst überholten Zahlen festgehalten. Gerade der sich immer so konsequent als Oberbuchhalter gebende Dr. Barthel verhält sich hier wie ein Terrier, obwohl es doch längst alle Spatzen in Kassel von den Dächern pfeifen: Das besagte Bad wird deutlich teurer als projektiert und der jährliche Zuschussbedarf geht in die Millionen. Aber genau wie beim Flughafen wollen die eifrigen Befürworter dieser Fehlentscheidung den Weg zurück zu stadtplanerischer Vernunft nicht antreten. Es gibt, wie wir mehrfach in unserer Zeitung und im Parlament nachgewiesen haben, mehrere bessere Standortalternativen.

Um so mehr begrüßen wir den Vorstoß der neuen Vorsitzenden der Grünen der Stadt Kassel, Frau Eva Koch, über den gewählten Standort für ein neues kombiniertes Hallen- und Freibad noch einmal grundsätzlich und neu nachzudenken. Auch wenn wir den von ihr konkret ins Gespräch gebrachten Standort am Unterneustädter Kirchplatz für nicht glücklich halten, weil das schon aus verkehrlichen Gründen nicht funktionieren würde (der Kirchplatz kann trotz der optimalen Lage in Sachen Nahverkehr den zusätzlichen PKW-Verkehr dort nicht aufnehmen!), liegt Eva Koch richtig damit, die Grundsatzfrage nach der optimalen Lage einer solch bedeutsamen Einrichtung im Stadtgefüge erneut aufzuwerfen.

Und wir wiederholen, zusammen mit den Umweltverbänden, vielen Kritikern in den Parteien und den verschiedenen Verwaltungen: Karls- und Fuldaaue sind ökologisch, verkehrlich und sozial der falsche Standort für so ein Bad! Das alte Freibad dort liegt gut und richtig und die Perspektive, es zu einem kombinierten Flussbad auszubauen, ist die richtige. Für ein neues Spaß-, Sport- und Hallenbad hat die Stadt die allerbesten Potentiale - und das gleich an mehreren Stellen im Stadtgebiet. Wir wollen hier der von der Rathausverwaltung begonnenen, aber wegen Barthels vorzeitiger Intervention nicht zu Ende geführten Grundsatzanalyse nicht vorgreifen. Wenn die versierten Fachleute der Rathausverwaltung ihre Aufgabe ordentlich zu Ende führen dürfen, durchaus beraten von externen Spezialisten, wird es eine gute, städtebaulich positive, verkehrlich optimal erreichbare und für den Schulsport bestens angebundene Alternative für ein neues Bad geben. Eine Alternative, die auch finanziell darstellbar ist.

Vorher jedoch muss der Barthel‘sche Schnellschuss mit den peinlichen und inzwischen längst zurückgenommenen Terminvorgaben für eine fiktive Baderöffnung aufgehoben werden. Es ist besser, die bislang aufgewendeten Planungsmittel als verloren anzusehen (gibt es eigentlich für derart grandiose Fehlleistungen von Magistratsmitgliedern eine Eigenhaftung??) als diese Fehlentscheidung durchzuziehen und auf Jahrzehnte einen irre hohen Zuschussbedarf zu riskieren.

Für Vernunft ist es nie zu spät!

Eckhard Jochum



Kombibad-entwurf in der Aue
Rechts der 1. Platz im Gebäudewettbewerb
Das Problem der schlechten ökologischen Lage und ungünstigen verkehrlichen Anbindung bleibt

Bildungsgemeinschaft SALZ Nordhessen

Während zwar immer größere Teile der Bevölkerung unzufrieden mit den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen sind, zum Beispiel mit finanziellen Einschnitten und Belastungen im Alltag, artikuliert sich doch erstaunlich selten Protest. Es scheint ein stilles Einverständnis zu geben. Wer weiß schon, wie es besser gemacht werden könnte? Deshalb wird vor allem auf Politiker geschimpft, aber wenig getan und wenig diskutiert. Die Bildungsgemeinschaft SALZ will die Diskussionen anstacheln, möchte Menschen, die mehr wissen wollen, erreichen. Wir untersuchen und vermitteln Wissen zum Beispiel zu Fragen, warum die Wirtschaftskrise welche Reaktionen hervorruft, warum privatisiert wird und nicht verstaatlicht, warum die SPD so ist, wie sie ist, und tut, was sie tut. Wer weiß schon, wie die Wirtschaft funktioniert…? Wir machen grundlegende Bildungsarbeit - gemeinsam und vorwärts gewandt, indem wir solidarisch miteinander aus der Vergangenheit und durch kritische Analyse lernen. Wir wollen die Verhältnisse verstehen, in denen wir leben. Die Bildungsgemeinschaft SALZ Nordhessen bietet Veranstaltungen und Seminare zu verschiedenen Themen an. Wer mitmachen oder uns „buchen“ möchte, sich mit uns austauschen oder an den Veranstaltungen teilnehmen möchte, möge sich bitte per Post oder per eMail melden. SALZ Nordhessen Dörnbergstr. 15 34119 Kassel info@salz-nordhessen.de

Wir arbeiten ehrenamtlich und auf Spendenbasis ohne feste Honorare.

SALZ BILDUNGSKREIS NORDHESSEN

Die AFK ist tot, es lebe...? oder wer macht künftig was?

25. Feb. 2010 um 19:00 Uhr
im Philipp-Scheidemann-Haus, Holländische Str./Mombachstr.

Das Bundesverfassungsgericht hat die gemischte Sozialverwaltung in Arbeitsgemeinschaften von Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit (BA) gekippt. Die Kasseler AFK (Arbeitsförderung Kassel) wird nach sechs Jahren Hartz IV so nicht mehr weiterbestehen. Auch wenn führende Stimmen aus SPD und Grünen doch mal eben das Grundgesetz ändern wollen um die unbefriedigenden und in vielen Punkten nicht funktionierenden Strukturen zu retten.

Wer soll welchen Teil der Sozialverwaltung übernehmen? Was für Modelle werden diskutiert? Welche Vor- und Nachteile haben die verschiedenen Möglichkeiten?

Was bedeutet das für Betroffene und welche Kriterien muss eine gute Lösung erfüllen?

In der Veranstaltung wird die Landtagsabgeordnete der Linke Marjana Schott die 4 in der Debatte herumgeisternden Varianten vorstellen.

Eine Veranstaltung der Kasseler Linke. ASG

Konferenz für Ökologie & Sozialismus

13./14.03.2010
Volkshochschule Kassel,
Wilhelmshöher Allee 21,
34117 Kassel

Eine spannende Konferenz mit bekannten Persönlichkeiten, basisdemokratisch organisiert für alternativ Denkende, die wissen wollen, was Ökonomie und Soziales mit Ökologie zu tun haben und wie es weitergehen kann. Mit Themen von A wie Atomkraftwerke bis W wie Weltwirtschaftskrise. Wir hoffen auf viele Anregungen und offene Diskussionen.

Anmeldungen bei: Bildungsgemeinschaft SALZ e.V., Oberonstr. 21, 59067 Hamm, eMail: salzkreis@yahoo.de.

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Jeden Dienstag 13- 15 Uhr
BürgerInnensprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W 25
nicht in den Schulferien

Donnerstag 18.2.10
Offene Fraktionssitzung,
Vorbereitung Stadtverordnetenversammlung, um 19 Uhr im Schlachthof, Raum 3, Mombachstr. 12

Jeden Donnerstag 15.00 - 16.00 Uhr,
Die Linke Schillerstr. 21 Bürgersprechstunde zu ALG I und ALG II für Stadt Kassel und Kassel Land

Aktuelle Termine findest Du unter
www.kasseler-linke-asg.net

Impressum

linKS zeitung

Herausgeber: Fraktion Kasseler Linke.ASG
ViSdP: Norbert Domes
Red: Eckhard Jochum, Jonas Dörge
Obere Königsstr. 8 , 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315,
E-Mail kontakt@Kasseler-Linke-asg.net
www.kasseler-linke-asg.net
Auflage: 6.000
Druck: Grafische Werkstätten
Layout: Leonie Blume, Jann Hellmuth

DIE LINKSZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke. ASG erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.